

Evangelische Verantwortung

Wir leben alle in der Einen Welt Entwicklungspolitik – Ausdruck christlicher Verantwortung für die gemeinsame Zukunft aller Menschen

Carl-Dieter Spranger

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen unserer Erde ist die größte Herausforderung für die Menschheit. Diese Aufgabe ist in der Entwicklungspolitik nur durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der Länder des Südens und des Nordens zu erreichen. Denn wir alle tragen Verantwortung für die Zukunft der Einen Welt, in der wir gemeinsam leben. Verantwortung für die Eine Welt – dies umfaßt ein Doppeltes. Selbst wenn wir es wollten, können wir uns nicht auf Wohlstandsinseln zurückziehen. Die Hungerkatastrophen in vielen Ländern Afrikas, das Elend der Straßenkinder in Lateinamerika oder Asien erscheinen fremd und fern. Wir erfahren darüber durch die Medien. Wir wähen uns in Sicherheit.



**Bundesminister Carl-Dieter Spranger:
Die Armut bekämpfen und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten!**

Doch der Schein trügt: Globale Umweltkatastrophen, kriegerische Auseinandersetzungen, die sich zu regionalen Konflikten ausweiten, auch in die Länder des Nordens überschwappende Flüchtlingsströme führen zunehmend vor Augen, daß diese Länder sich nicht abschotten können, weil wir alle in demselben Boot sitzen, eben in einer Welt leben, miteinander existieren.

Dies ist der entscheidende Gedanke des Eine-Welt-Konzeptes: Entwicklungspolitik ist eine ethische Aufgabe von herausragender Bedeutung. Unser christliches Verständnis von Verantwortung mit- und füreinander in der Einen Welt gebietet den vollen Einsatz gegen Armut und für Gerechtigkeit, die allen Menschen gleichermaßen gilt. Bedürftigen Menschen zu helfen und so für eine würdige Zukunft aller Men-

schen zu arbeiten, ist selbstverständliche moralische Pflicht und ein Gebot christlicher Nächstenliebe – über alle Grenzen hinweg. Vor diesem Hintergrund ist es für die deutsche Entwicklungspolitik ein Selbstverständliches, unser Gewicht zugunsten der Entwicklungsländer zu nutzen; dies sowohl im Rahmen der zwischenstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit als auch im Rahmen multilateraler Institutionen.

Entwicklungspolitik aus christlicher Verantwortung für alle Menschen dieser Einen Welt stellt eindeutig den Menschen in den Mittelpunkt. Zwei Ziele müssen dabei Priorität genießen: Die Bekämpfung der Armut und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

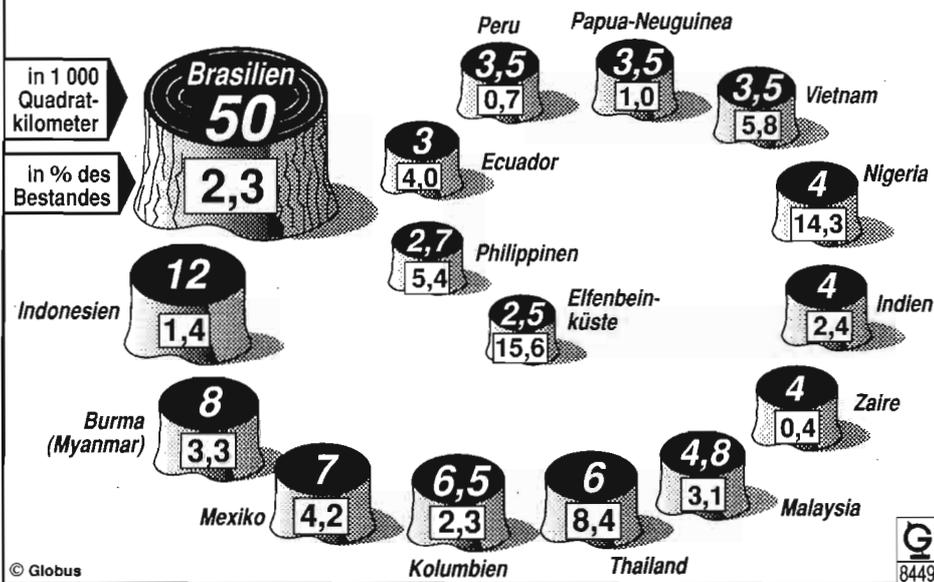
Armutsbekämpfung

Armutsbekämpfung ist daher durchgängiges Ziel und Maßstab der deutschen Entwicklungspolitik. Sie umfaßt die Sicherung der Ernährungsbasis der Bevölkerung, Förderung ländlicher Räume wie auch die Lösung der Probleme explodierender Millionenstädte in der Dritten Welt. Die Armut bekämpfen bedeutet auch: einer der wichtigsten Ursachen der weltweiten Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen entgegenzuwirken.

Ziel hat zu sein, zu erreichen, daß Menschen künftig weder aus Hunger noch aus politischen, wirtschaftlichen, ethnischen oder religiösen Gründen ihre Heimat verlassen. Armutsbekämpfung ist ein entscheidender Beitrag im Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität. Nur wenn man den Drogenbauern wirtschaftliche Alternativen in der landwirtschaftlichen Produktion eröffnet, kann man die vielen Bauernfamilien, die vom Rauschgifanbau abhängig sind, zu einer Umstellung ihrer Produktion veranlassen. Armutsbekämpfung

Die Vernichtung der Tropenwälder

Geschätzte jährliche Vernichtung tropischer Wälder



im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit umfaßt auch die Eindämmung des Bevölkerungswachstums als eine der entscheidenden Ursachen der Armut.

Die Bevölkerung in den Entwicklungsländern wächst nach wie vor in beängstigendem Ausmaße. Die Bevölkerungsexplosion produziert Umweltprobleme, und das gefährdet jeden Fortschritt. Es steht jedoch außer Frage, daß die Menschen in den Entwicklungsländern die Folge ihres explosiven Bevölkerungswachstums am unmittelbarsten und am stärksten zu spüren bekommen. In den betroffenen Ländern wird die Versorgung der wachsenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wasser und Energie noch schwieriger werden.

Armut ist auch eine der entscheidenden Ursachen für die Umweltzerstörung in den armen Ländern des Südens. Sie ist aber umgekehrt auch vielfache Folge von Umweltschäden, wie etwa der Bodenerosion. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bekämpfung der Armut sind untrennbar miteinander verbunden.

Der Schutz der Umwelt, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ist ohne Zweifel eine zentrale und globale Herausforderung in der internationalen Zusammenarbeit. Vernichtung der tropischen Regenwälder, Treibhauseffekt, Meeresverseuchung, Artenvernichtung, Grundwasserverschmutzung sind nur einige Schlag-

wörter, die Ausmaß und Dringlichkeit der weltweiten Umweltprobleme umreißen.

Personelles Kapital fördern

Entscheidende Voraussetzung für die Beseitigung der Armut ist ein allgemeiner Wirtschaftsfortschritt. Dabei sind, wie auch die Weltbank in ihrem jüngsten Weltentwicklungsbericht feststellt, wettbewerbsorientierte Märkte die beste Methode zur effizienten Organisation der Produktion und Verteilung von Waren und Dienstleistungen. Eine besondere Rolle spielen Initiativen der Privatwirtschaftsförderung, die sich direkt an Arme richten. Der **Beratung und Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen im informellen Sektor** kommt daher im Rahmen unserer Entwicklungszusammenarbeit eine tragende Rolle zu.

In letztgenanntem Bereich zeigt sich am unmittelbarsten, was für alle Formen unsere Entwicklungszusammenarbeit gilt: Nachhaltige Erfolge für die Entwicklungsländer können wir nur herbeiführen, wenn in diesen Ländern das notwendige personelle Kapital, das Know-how vorhanden ist. Der Ausbildungsstand, vor allem der jungen Menschen, ist für die Zukunftschancen einer Gesellschaft von ausschlaggebender Bedeutung.

Wir werden die Bildung, vor allem auch die berufliche Bildung als Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit erhalten und ausbauen. Die Notwendigkeit, in allen Bereichen

der Entwicklungsarbeit die Frauen der Entwicklungsländer in besonderem Maße zu berücksichtigen, steht heute außer Zweifel. **Frauen** tragen die Hauptlast der Probleme, die sich aus der Unterentwicklung ergeben und spielen **im Entwicklungsprozeß eine Schlüsselrolle**. Sie ziehen nicht nur die Kinder auf, häufig tragen sie auch die Hauptverantwortung für den Lebensunterhalt der gesamten Familie. Im Wirtschaftsleben stehen Frauen in den meisten Entwicklungsländern im Mittelpunkt.

Andererseits sind sie vielfach von Mißständen besonders betroffen, zum Beispiel im Gesundheits- und Wohnungswesen oder im Ernährungs- und Ausbildungsbereich. In vielen Ländern sind sie groben Benachteiligungen ausgesetzt – von ungleicher Behandlung vor Recht und Gesetz bis zu beschränktem Zugang zu Land, Arbeitsmitteln und Krediten. Die besondere Förderung von Frauen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ist unabweisbar – sowohl im Hinblick auf die Wirksamkeit unserer Arbeit, wie auch wegen einer schnellstmöglichen und nachhaltigen Entwicklung der Länder des Südens. Die Förderung der Frauen in den Entwicklungsländern ist jedoch fraglos auch aus humanitären und christlichen Gesichtspunkten geboten und die Einhaltung der Menschenrechte ein unabdingbares Ziel.

Bereits seit einiger Zeit werden alle mit deutscher Entwicklungshilfe geförderten Vorhaben in ihrer Wirkung auf Frauen überprüft und an deren besondere Bedürfnisse angepaßt.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit

Ethische und christliche Verantwortung für Entwicklungspolitik, für die Eine Welt muß sich auch in Gestaltung und Form der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern widerspiegeln. Die Kooperation auf allen Ebenen, Gespräche, Verhandlungen müssen partnerschaftlich geprägt sein. Entwicklungspartnerschaft bedeutet, daß die Stärkung der Selbsthilfe in den Entwicklungsländern eine immer wichtigere Rolle spielen wird, daß selbsthilfegerechte Förderinstrumente auf- und ausgebaut werden. Das erfordert auch die Berücksichtigung kultureller Eigenheiten und zielt auf eine Entwicklung „von unten“ durch aktive Beteiligung der betroffenen Bevölkerung.

Im Rahmen der deutschen Entwicklungspolitik wird diesem Gedanken zunehmend Rechnung getragen: So wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Übereinstimmung mit dem Bundestagsbeschluß zur Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe von 1990 bei der staatlichen Entwicklungshilfe mehr als bisher die unmittelbare Zusammenarbeit mit Selbsthilfebewegungen in der Dritten Welt suchen.

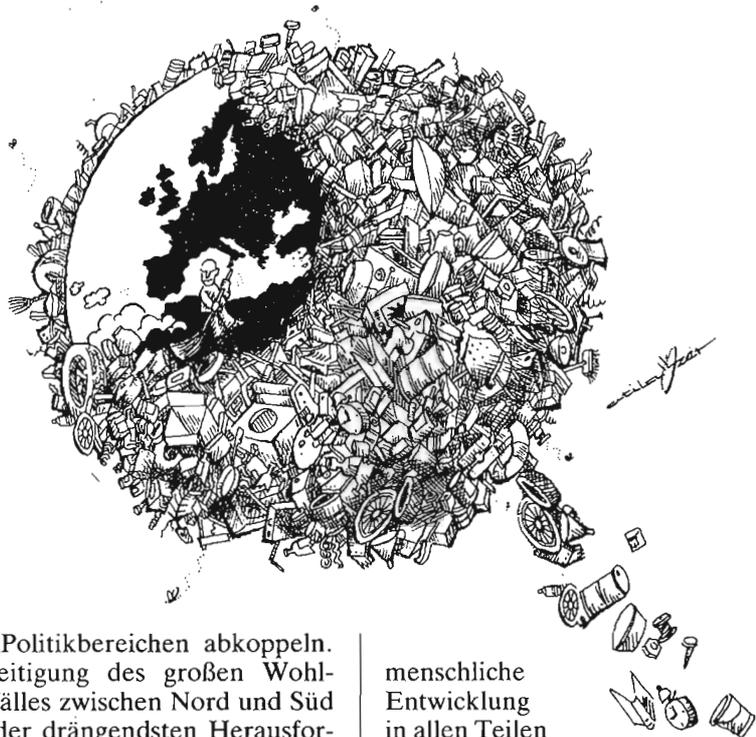
Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

So wurde in dem neuen Sektorkonzept „Grundbildung“ ausdrücklich auf kulturelle Eigenheiten Rücksicht genommen. Das BMZ wird die Zusammenarbeit mit den Kirchen und anderen Nicht-Regierungsorganisationen auch im Hinblick auf bewußtseinsbildende Maßnahmen verstärken.

Kulturelle Eigenheiten zu beachten, wertbezogene und kulturelle Überfremdung – „Eurozentrismus“ – zu vermeiden, entbindet jedoch nicht davon, in den Gesprächen und Verhandlungen mit Partnerregierungen auf die Einhaltung grundlegender Rahmenbedingungen zu dringen: Die Beachtung der Menschenrechte, die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozeß, die Gewährleistung von Rechtssicherheit, die Schaffung einer marktfreundlichen Wirtschaftsordnung und die Forderung, daß auch das staatliche Handeln sich entwicklungsfreundlich verhält – dies alles ist ein Gebot entwicklungspolitischer Weitsicht wie auch ein Gebot christlicher Verantwortung in der Entwicklungspolitik.

Dies darf nicht zu einem Tribunal gegen die Nehmer-Länder führen. Entwicklungspartnerschaftlich bedeutet selbstverständlich auch, daß die wohlhabenden Gebernationen im gleichen Maße bereit sein müssen, über ihre Verpflichtungen zu sprechen und – unter der Berücksichtigung der gegenseitigen Abhängigkeiten – Zugeständnisse zu machen. Dies betrifft Fragen der internationalen Handels- und Zinspolitik ebenso wie die Fragen nationaler Umweltpolitik in den Gebernationen.

Die Verantwortung für die Eine Welt berührt nicht nur den Entwicklungspolitiker. Sie weist auf die weltweite **gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Politikbereiche**. Man kann Entwicklungspolitik nicht von



anderen Politikbereichen abkoppeln. Die Beseitigung des großen Wohlstandsgefälles zwischen Nord und Süd als eine der drängendsten Herausforderungen der kommenden Jahre geht alle an. Entwicklungspolitische Belange müssen stärker in alle Politikbereiche einbezogen werden. Alle tragen ein Stück Verantwortung für die Entwicklungspolitik. Nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe können diese Probleme gelöst werden. Entwicklungshilfe lebt vom Verständnis der Menschen füreinander und von der gemeinsamen Verantwortung für eine

menschliche Entwicklung in allen Teilen der Welt. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen der Entwicklungshilfe, insbesondere den Kirchen, muß daher ein besonderes Anliegen der Entwicklungspolitik in den 90er Jahren sein.

Carl-Dieter Spranger, MdB, ist Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Bewahrung der Schöpfung als Schwerpunkt der Nord-Süd-Zusammenarbeit

Hans-Peter Repnik

Die Aufgabe, die Schöpfung zu bewahren, bestimmt zunehmend politisches Handeln und zwingt uns, die besondere Verantwortung des Menschen für die ihm anvertraute Schöpfung auch politisch ernstzunehmen. Es liegt nicht mehr nur in den Händen der Wissenschaftler, der ökologischen Spezialisten, über die Veränderungen z.B. des Weltklimas aufzuklären: Ihre Warnungen sind noch vor kurzer Zeit wenig ernstgenommen worden. In Zeiten, da die biblische „Sintflut“ immer näher rückt, heißt es, Entscheidungen zu treffen, die das Überleben der gesamten Natur sichern helfen. Wir müssen Abschied nehmen von einem Verhalten, das negative Folgen für die Lebensbedingungen auf unserem Globus zeitigt.

Alle Menschen haben sich um den Fortbestand der natürlichen Lebensgrundlagen Erde, Wasser und Luft zu kümmern, sich dem Überleben auch ihrer Schutzbefohlenen – der Tiere und Pflanzen – anzunehmen. Heute ist uns bewußt, daß jeder Einzelne „Verantwortung für die Eine Welt“ trägt. Diesem Verantwortungsbewußtsein

muß auch bei den politischen Entscheidungen Rechnung getragen werden. Die von den Vereinten Nationen einberufene Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ (UNCED) im Juni dieses Jahres in Rio de Janeiro/Brasilien will Strategien und Handlungsfelder festlegen, wie die globalen Umweltprobleme, von dem die Staatenge-

meinschaft insgesamt betroffen ist, weltweit angegangen werden müssen.

Seit der ersten weltweiten Umweltkonferenz im Jahre 1972 sind 20 Jahre vergangen. Die Umweltbelastungen haben in diesem Zeitraum erheblich zugenommen. Deshalb wird die Bundesregierung dieses internationale Forum nutzen, um konkrete Fortschritte in Sachen Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschen anzustreben. Wir werden darum ringen, daß alle Regierungen sich zu konsequentem Umweltschutz als Voraussetzung nachhaltiger Entwicklung bekennen. Es muß sich bei den Verantwortlichen die Erkenntnis durchsetzen, daß wirtschaftliche Entwicklung auf Kosten der Umwelt ein Irrweg ist. Da jedoch die dringend erforderliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung im armen Süden Ressourcen erfordert, muß der reiche Norden bereit sein, entsprechende Verzichte zu leisten.

Verhaltensänderung notwendig

Die Zerstörung der Ozonschicht durch Schadstoffemissionen und der Treibhauseffekt haben die Diskussion

über wissenschaftliche, technische und industrielle Errungenschaften erneut entfacht: Diesmal aber kann keiner nur das Fortschreiten der Entwicklung



Hans-Peter Repnik, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär: Verbindliche Richtlinien für einen weltweiten Umweltschutz sollen in Rio verabschiedet werden.

befürworten, denn die gefährlichen Entwicklungen sind Folge des ungehemmten Gebrauchs der modernen Technik. Da die Schadstoffemissionen der Industrieländer zu rund 80 Prozent dafür verantwortlich sind, daß die zerstörerischen Gase – wie z.B. FCKW – schon seit Jahren in die Atmosphäre abgegeben wird, ist es unumgänglich, daß wir unser Verhalten ändern.

Wenn z.B. jeder Mensch dieser Erde ungehemmt seinem Bedürfnis, ein eigenes Auto zu fahren, nachkäme – wie wird dies tun – bliebe allen sehr bald die Luft zum Atmen aus; wenn alle Menschen ihre Häuser so heizen oder kühlen und ihre Kühlschränke mit den ozonzerstörenden FCKW betreiben – wie wir dies tun – würden sich die schon vorhandenen Probleme in einem galoppierendem Maße vervielfachen.

Ein Energiekonzept muß deshalb die Verminderung der energiebedingten CO₂-Emissionen (Kohlendioxid) berücksichtigen, da diese immer dann frei werden, wenn fossile Energieträger wie Kohle, Öl und Gas verbrannt werden. Die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) müssen soweit und so schnell wie möglich durch Treibgase

Verantwortung für die Umwelt – Wertschätzung der Natur als Grundwert für alle Menschen!

Klaus Töpfer

Die Ethik ist Teil der „praktischen Philosophie“, denn sie sucht Antwort auf die Frage: Was sollen wir tun? Die Umweltethik will Antwort geben auf die Frage: Wie sollen wir mit unserer Umwelt umgehen, wie können wir unter Zugrundelegung unserer Wertvorstellungen verantwortlich handeln?

Der Christ, der seine Orientierung in der Bibel sucht, findet dem Menschen in der Schöpfung eine herausragende Stellung eingeräumt: Der Mensch soll sich als Ebenbild Gottes die Erde untertan machen. Dies ist in der Vergangenheit oft so mißverstanden worden, als hätte der Mensch das Recht, seine Mitwelt rücksichtslos zu seinem Gefallen auszubeuten. Im Schöpfungsbericht wird dem Menschen aber auch die Aufgabe zugewiesen, den Garten Eden zu bewahren. Mit der gewachsenen Erkenntnis über die geschundene Umwelt haben die Christen

ihre Verantwortung für die uns Menschen anheim gegebene Schöpfung Gottes wiederentdeckt.

Allgemein muß die Handlungsanweisung lauten: Handle so, daß die Folgen Deines Handelns die natürlichen Lebensgrundlagen weder für die jetzt Lebenden noch für künftige Generationen beeinträchtigen, mindern oder gar zerstören.

Kernstück einer Ethik für die moderne Zivilisation ist das Prinzip Verantwortung. Wir müssen uns fragen, wie kann sich unser Handeln heute auf die Welt von morgen auswirken. Weil wir diese zukünftigen Auswirkungen nur z.T., wenn überhaupt, übersehen können, müssen wir mit einem „Sicherheitszuschlag“, mit Vorsorge, planen.

Die Bewohner von Industrieländern haben die Güter dieser Welt in überproportional hohem Ausmaß in

Anspruch genommen, sie haben ihren Wohlstand zu Lasten der Menschen in der Dritten Welt erwirtschaftet. Sie sind daher verpflichtet, ihren Anteil an den weltweiten Umweltbelastungen deutlich zu senken, um den Ländern der Dritten Welt die notwendige Chance für eine eigenständige und selbstverantwortete Entwicklung zu geben.

Der Verantwortung für die Mitwelt kann sich niemand entziehen, sie kann nicht auf andere, etwa den Staat, die Politik oder die Industrie abgewälzt werden. Jeder von uns wird direkt betroffen sein, wenn durch die Schädigung oder gar Zerstörung der Umwelt Lebenschancen gemindert werden oder nicht mehr vorhanden sind.

Ann.: Prof. Dr. Klaus Töpfer, Bundesumweltminister, ist Vorsitzender des Nationalen Komitees zur Vorbereitung der UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“.

Umweltethik – Verhältnis zur Umwelt ändern

Hans-Peter Gensichen

Wir brauchen gar keine spezielle Ethik für unseren Umgang mit der natürlichen Umwelt. Vielmehr muß grundsätzlich jede Ethik so beschaffen sein, daß die natürliche Umwelt in unserem Wahrnehmen, Bewerten und Handeln immer eine hervorragende Rolle spielt.

Folgende fünf Verben-Paare scheinen mir eine solche Beschaffenheit – die der herkömmlichen abendländischen Ethik weitgehend fehlt – gut charakterisieren zu können:

- wahrnehmen und anteilnehmen
- handeln und ertragen
- verändern und erhalten
- verzichten und sich freuen
- glauben und hoffen.

Ein neues Einüben des Wahrnehmens ist nötig, weil wir erschreckend blind sind – nicht nur für die unsichtbaren Gefahren, die uns in der industrialisierten Welt drohen, sondern auch gegenüber dem, was vor unseren Augen ist – dem Gefährdeten

ebenso wie dem Schönen. Das Anteilnehmen ergibt sich aus einem geschärften Wahrnehmen fast von selbst: Nur Nichts geht mich nichts an. Alles betrifft mich.

Das Verbenpaar Handeln und Ertragen richtet sich gegen ein einäugiges Machertum. Ohne das Ertragen können ist jegliches Handeln gefährdend und gefährdet – selbst das umweltengagierte!

Die Dialektik von Verändern und Erhalten, von Progressiv- und Konservativsein, ähnelt der von Handeln und Ertragen. Nur ein weiterer Gedanke: Heute sind wir in der Lage, so viel zu verändern, daß nichts erhalten bleibt – und um das zu verhindern, müssen wir uns selbst an solchem Verändern hindern.

Das Wortpaar Verzicht und Sich-freuen beinhaltet die These, daß es ein Verzicht auf Dinge, von denen wir abhängig waren, gibt, das reicher-machende Lebensformen er-

schließt. In unserer Gesellschaft werden das Besitz- und Machtmittel sein, die wir gegen menschlichen Beziehungsreichtum und Solidarität „eintauschen“.

Das Glauben und Hoffen kann ein evangelischer Theologe wie ich sicher gut konfessionell füllen. Es gibt aber auch ein Glauben und Hoffen, das Christen mit Nichtchristen verbinden kann; und daran liegt mir viel: Glauben daran, daß selbst sinnlos scheinendes Handeln Sinn hat oder Sinn bringt; und Glauben daran, daß es Chancen gibt, mit denen gegenwärtig noch niemand rechnet. Und demzufolge hoffen, daß die Situation selbst nicht katastrophal endet und daß die Resignation nicht übermächtig wird.

Ann.: Pfarrer Dr. Hans-Peter Gensichen arbeitet im kirchlichen Forschungsheim Wittenberg und ist Mitglied im Nationalen Komitee zur Vorbereitung der UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“.

ersetzt werden, die die Atmosphäre nicht zerstören, denn sie sind die eigentlichen „Ozonkiller“, die der lebenswichtigen Ozonschicht an die Substanz gehen.

Daß das Ozonloch zunehmend auch Länder der nördlichen Hemisphäre bedroht, ist inzwischen durch Satellitenaufklärung und Computer-Technik über die Medien verbreitet worden und hat sich in den Köpfen der Menschen festgesetzt. Der begonnene freiwillige Verzicht auf die Verwendung von „Ozonkillern“ ist eine begrüßenswerte Folge dieser Erkenntnis.

Tropenwaldschutz vorantreiben

Ebenso horcht die Bevölkerung beim Stichwort „Edelholzer“ auf: Wenn einerseits der Schutz des tropischen Regenwaldes gefordert wird, ist andererseits die Einfuhr von „Billigexporten“ nicht zu rechtfertigen. Gegen den Kauf dieser tropischen Hölzer spricht dagegen nichts, wenn sie aus eigener geregelter Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes stammen, denn Holz stellt ein großes wirtschaftliches Potential für viele Entwicklungsländer

dar. Die Bundesregierung fördert mit erheblichen Mitteln den Tropenwaldschutz und ist in diesem Bereich wichtigstes Geberland, um der Vernichtung von rund 17 Millionen Hektar jährlich entgegenzuwirken.

Alternative Energien fördern

Die Förderung alternativer Energien wie Sonne, Wind und Wasserkraft stellt eine weitere Möglichkeit dar, sparsam mit dem Erbe der Erde umzugehen. Hier ist die Industrie gefragt, u. a. die Entwicklung von Solarzellen und Solarkollektoren voranzutreiben – auch im Hinblick auf die günstigen Voraussetzungen der Nutzung von Sonnenenergie in den Entwicklungsländern. Wir in den Industrieländern müssen Vorbild sein. Erst dann können wir guten Gewissens von den Entwicklungsländern erwarten, daß sie ebenfalls dem Umweltschutz Priorität einräumen.

Darüber hinaus müssen wir vergleichsweise reichen Länder durch finanzielle Unterstützung „Umwelt-hilfe“ gewährleisten, denn die bestehenden Probleme der Entwicklungs-

länder sind ohne fremde Hilfe nicht zu lösen. Dies gilt auch für Programme und Vorhaben, die dem Schutz der Umwelt dienen. Daher müssen die Industrieländer bereit sein, solche Länder verstärkt zu unterstützen, die bereit sind, dem Umweltschutz besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Das Wissen um die Folgen von Umweltschäden und die Möglichkeit ihrer Beseitigung gilt es voranzutreiben.

Ein Konzept „Umweltschutz“, welches für Deutschland sinnvoll erscheint, läßt sich nicht als Patentrezept auf jedes beliebige Land dieser Erde übertragen. Deshalb sind unsere Formen der Energie- und Rohstoffnutzung nicht immer auch für die Entwicklungsländer geeignet. Ein Export von Wohlstands- und Wachstumstheorien erscheint wenig geeignet, wenn nicht „Knappheiten“ gesetzt werden, die sowohl zum sparsamen Verbrauch der Ressourcen anleiten, als auch der Wirtschaft Anreize geben, umweltschonende Technologien zu entwickeln.

Internationale Koordinierung und ein internationales Handlungspro-

gramm in der Europäischen Gemeinschaft und darüber hinaus wirken einer Resignation entgegen, die wir uns nicht leisten dürfen.

Wir müssen den Entwicklungsländern als Partner zur Seite stehen. Einerseits gilt es, den wirtschaftlichen Nachholbedarf der weniger entwickelten Länder zu akzeptieren; andererseits ist ihnen in ihrem Bemühen, die Umwelt zu schützen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen.

So ergänzen wir die Entwicklungszusammenarbeit durch eine Umweltpartnerschaft. Konkret bedeutet dies, daß wir zunehmend Projekte fördern, die die vielfältigen Umweltprobleme, mit denen sich insbesondere auch die Entwicklungsländer konfrontiert sehen, gezielt angehen. So fördern wir die Vermittlung umweltschonender Produktionsmethoden, den Transfer von technischem know-how und den Ausbau von Umweltschutzbehörden. Im übrigen werden seit Jahren alle Projekte der Entwicklungszusammenarbeit vor ihrer Realisierung auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft.

Aufruf an die Politiker

Die Bundesregierung wird sich bei der Umwelt- und Entwicklungskonferenz



U MW E L T G I P F E L I N R I O

renz in Rio dafür einsetzen, daß verbindliche Richtlinien für einen weltweiten Umweltschutz verabschiedet werden können. So notwendig politisches Handeln ist – richtig ist, daß jeder Einzelne mit seinem Handeln das gemeinsame Überleben aller Menschen mitverantwortet und damit einen aktiven Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung leistet. Die Politiker sind aufgerufen, dieses Engagement des Einzelnen zu fördern. Auch dies muß bei der UNCED deutlich werden.

Anm.: Hans-Peter Repnik, MdB, ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Umwelt und Entwicklung – Beiträge zur Eindämmung des Treibhauseffektes und zum Schutz der Ozonschicht

Bertram Wieczorek

Zwanzig Jahre nach der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen, die 1972 in Stockholm stattfand, wird vom 03. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro/Brasilien die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung („United Nations Conference on Environment and Development“ - UNCED) stattfinden. Aus diesem Anlaß werden in der Maiausgabe verschiedene Autoren zu Wort kommen. Staatssekretär Dr. Wieczorek wird im folgenden auf die klimatischen Lebensgrundlagen eingehen.

Eindämmung des Treibhauseffektes

Natürlicherweise in der Erdatmosphäre vorhandene Treibhausgase wie Wasserdampf, Kohlendioxid (CO₂), Ozon, Distickstoffoxid und Methan erhöhen die mittlere Temperatur an der Erdoberfläche von -18C auf etwa +15C und ermöglichen dadurch erst Leben in seiner jetzigen Form.

Seit Beginn der Industrialisierung sind die Konzentrationen dieser Treibhausgase in der Atmosphäre durch menschliche Tätigkeit angestiegen und zusätzliche Treibhausgase, wie z.B. die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), hinzugekommen. Durch diesen zusätzlichen Treibhauseffekt wird der natürliche Treibhauseffekt verstärkt.

Der zusätzliche Treibhauseffekt stellt eine Gefahr kaum vorstellbarer Ausmaße für die gesamte Menschheit dar. Im Unterschied zu vielen anderen Umweltgefahren handelt es sich um eine weltweite Bedrohung, deren lokale und regionale Auswirkungen derzeit kaum abgeschätzt werden können. Werden keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergriffen, ist mit dramatischen Folgen zu rechnen, die alle Regionen der Erde betreffen werden.

Mit etwa 50% liefert das Gas CO₂ den weitaus größten Einzelbeitrag zum zusätzlichen Treibhauseffekt. Da anthropogen freigesetztes CO₂ überwiegend der Verbrennung fossiler Energieträger entstammt, liegt auf der Hand, daß Maßnahmen zur Eindämmung des Treibhauseffektes am wirkungsvollsten bei der Minderung energiebedingter CO₂-Emissionen ansetzen müssen.

Mit der Einberufung der Interministeriellen Arbeitsgruppe „CO₂-Reduktion“ unter Federführung des Bundes-



Dr. Bertram Wieczorek MdB: Auf FCKW-freie Technologie umstellen.

umweltministeriums im Jahr 1990 hat die Bundesregierung den entscheidenden Anstoß zur Entwicklung ihrer CO₂-Strategie gegeben. Diese Arbeitsgruppe hat bereits in ihrem ersten Zwischenbericht vom November 1990 die neuen Bundesländer in das CO₂-Minderungsprogramm einbezogen. Am 11. Dezember 1991 hat sie dem Bundeskabinett ihren zweiten Zwischenbericht vorgelegt:

Aufbauend auf diesem Bericht hat die Bundesregierung im Dezember 1991 ihr CO₂-Reduktionsziel von 25 – 30% bis zum Jahr 2005 für Gesamtdeutschland bestätigt und weitergehende konkretisierende Schritte zur Umsetzung des CO₂-Minderungsprogramms beschlossen. Dabei handelt es sich im einzelnen um:

- **ordnungsrechtliche Maßnahmen**, wie z.B. Novellierungen des Energiewirtschaftsgesetzes, der Wärmeschutzverordnung, der Heizungsanlagenverordnung, der Kleinf Feuerungsanlagen-Verordnung und die Vorlage der Wärmenutzungsverordnung,

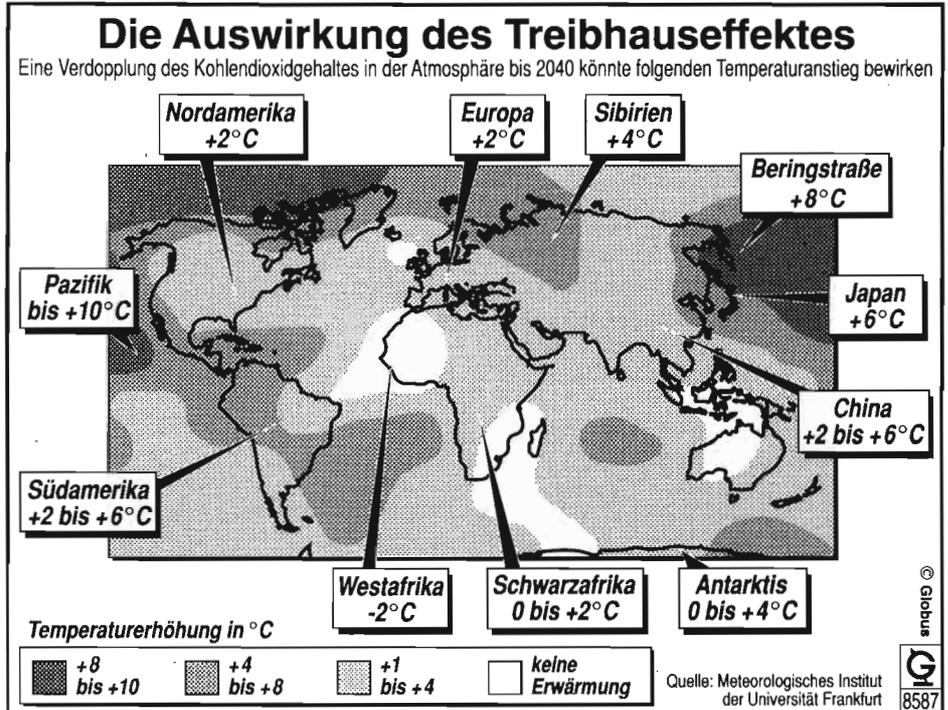
- **ökonomische Instrumente**, wie z.B. die finanzielle Belastung des CO₂-Ausstoßes, den Einsatz von Förderungsmaßnahmen, den Einsatz von Selbstverpflichtungserklärungen und Kompensationsmodellen, die Orientierung der Kraftfahrzeugsteuer an Schadstoffemissionen einschließlich CO₂ etc.,
- **planerische Instrumente** sowie Information und Beratung, Ausbildung und Fortbildung.

Das CO₂-Minderungsziel von 25–30% bis zum Jahr 2005, bezogen auf das Emissionsvolumen des Jahres 1987, bedeutet eine Verminderung der CO₂-Emissionen um rund 300 Mio. Tonnen bis zum Jahr 2005. Parallel dazu werden auch die weiteren energiebedingten klimarelevanten Emissionen vermindert. Mit dem Beschluß vom Dezember 1991 hat die Bundesregierung ihre Entschlossenheit, die energiebedingten Emissionen schrittweise mit einem Bündel von Maßnahmen zurückzuführen, noch einmal deutlich gemacht. Sie hat damit ein Signal gesetzt für das gemeinsame europäische Vorgehen und für das weltweite Vorgehen im Rahmen der geplanten Klimakonvention, die im Juni dieses Jahres anlässlich der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro verabschiedet werden soll.

Verbindliche Festlegungen erforderlich

In den noch ausstehenden Verhandlungen über die Klimakonvention sind die Industrieländer in der Pflicht und müssen eindeutige Zeichen setzen. Die westlichen und östlichen Industrieländer mit einem Anteil von 25% an der Weltbevölkerung emittieren heute rund 80% des CO₂. Bloße Absichtserklärungen reichen deshalb nicht aus, vielmehr sind verbindliche Festlegungen erforderlich.

Dies gilt um so mehr, als der Lebensstil unserer westlichen Gesellschaften in den übrigen Ländern dieser Welt nachgeahmt wird. Würden die bevölkerungsreichen Entwicklungsländer sich ebenso verhalten, hätte dies wegen der damit verbundenen Emissionen schwerwiegende Folgen. **Die ökologische Tragfähigkeit unseres Planeten wäre völlig überfordert.** Dennoch: die Entwicklungsländer müssen die Möglichkeit haben, sich wirtschaftlich weiter zu entwickeln. Dieses wird nur



dann mit der globalen Umweltsituation vereinbar sein, wenn wir in den Industriestaaten unseren Anteil an treibhausrelevanten Emissionen überproportional reduzieren und damit zugleich ein Vorbild umweltverträglichen Wirtschaftens geben.

Jedenfalls können wir von den Entwicklungsländern nicht erwarten, daß sie sich ohne finanzielle und technische Unterstützung für die von den Industriestaaten zu verantwortende Übernutzung zu Maßnahmen zum Schutz der Umwelt bereiterklären. Es ist notwendig, durch fairen Zugang zu modernen technologischen Entwicklungen sowie durch eine umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern die dringend notwendigen Entfaltungsspielräume zu schaffen, ohne die globale Umwelt weiter zu gefährden.

Schutz der Ozonschicht

Ebenso wie der auf anthropogene Aktivitäten zurückzuführende zusätzliche Treibhauseffekt stellt auch die Zerstörung der Ozonschicht ein durch Menschen verursachtes, weltweites Umweltproblem dar. Aber anders als bei der Klimaproblematik haben internationale Vereinbarungen zum Schutz der Ozonschicht schon ein sehr konkretes Stadium erreicht. Bis Ende Januar 1992 hatten 74 Staaten, darunter zur Hälfte Entwicklungsländer, das Montrealer Protokoll über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, ratifiziert. Das Montrealer Proto-

koll sieht in seiner geltenden Fassung vor, daß die Vertragsparteien Produktion und Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) sowie von den überwiegend als Löschmittel eingesetzten Halonen bis zum Jahr 2000 einstellen müssen.

Nach einer im Jahr 1990 beschlossenen, aber noch nicht völkerrechtlich in Kraft getretenen Änderung des Montrealer Protokolls sollen künftig weitere ozonschichtschädigende Stoffe in das Protokoll einbezogen werden. Darüber hinaus ist die Einrichtung eines Fonds beschlossen worden, aus dem die Entwicklungsländer Mittel abrufen können, die ihnen aus der Umstellung auf FCKW-freie Technologie entstehen. Die EG hat das Montrealer Protokoll einschließlich seiner Änderung bereits in Form einer in allen Mitgliedstaaten unmittelbar geltenden Verordnung umgesetzt und dabei den Ausstiegstermin aus Produktion und Verwendung der FCKW auf Mitte 1997 vorgezogen.

Montrealer Protokoll und EG-Verordnung sind sogenannte „angebotsorientierte“ Regelungen, die zwar die zur Verfügung stehende FCKW-Menge insgesamt beschränken, aber nicht festlegen, in welchen Anwendungsbereichen FCKW ab wann nicht mehr eingesetzt werden dürfen. Die Bundesregierung hat dies als unbefriedigend empfunden und deshalb die internationalen Regelungen um eine nationale, „nachfrageorientierte“ Verbotverordnung ergänzt. Es handelt

sich dabei um die FCKW-Verbots-Verordnung, die am 1. August 1991 in Kraft getreten ist.

Alternativen zu FCKW

Die deutsche FCKW-Halon-Verbots-Verordnung stellt im internationalen Vergleich die bislang einschneidendste Maßnahme zum Ausstieg aus Produktion und Verwendung ozonschichtschädigender Stoffe dar. Sie sieht ein stufenweises Verbot dieser Stoffe bis spätestens zum 1. Januar 1995 vor, das sich nach der Verfügbarkeit umweltverträglicher Ersatzstoffe und -technologien richtet.

So ist die FCKW-Verwendung in den Jahren 1993 und 1994 nur noch in Haushaltskühlgeräten, Klimaanlageanlagen und Schaumstoffen zur Wärmedämmung erlaubt. Eine im Februar 1992 in Berlin vom Bundesumweltministerium veranstaltete „Internationale Konferenz über Alternativen zu FCKW und Halonen“ hat diesen Ansatz der Bundesregierung voll bestätigt: Die jetzt noch verbleibenden Einsatzgebiete von FCKW sind in der Tat diejenigen, in denen sich diese Stoffe am schwersten ersetzen lassen.

Um alle Möglichkeiten eines noch früheren Ausstiegs aus Produktion und Verwendung von FCKW zu prüfen, hat der Bundesumweltminister bereits Gespräche mit den entsprechenden Herstellern und Anwendern geführt. Obwohl diese Gespräche noch nicht abgeschlossen sind, zeichnet sich ab, daß über die bestehenden Verbote hinaus in einigen Bereichen unter Umständen ein früherer Ausstieg technisch und organisatorisch möglich ist. Hierzu ist allerdings Voraussetzung, daß es bei der Erprobung und Untersuchung der in Frage kommenden Ersatzstoffe bzw. -technologien keine Rückschläge mehr gibt und daß die zur Herstellung von FCKW-Ersatzstoffen benötigten Produktionsanlagen von den zuständigen Länderbehörden zügig genehmigt werden.

Auf der internationalen Ebene kommt es jetzt vor allem darauf an, die im Montrealer Protokoll vorgesehenen Ausstiegsfristen vom Jahr 2000 deutlich vorzuziehen, wozu die nächste Vertragsstaatenkonferenz zum Montrealer Protokoll, die im November 1992 in Kopenhagen stattfindet, Gelegenheit bietet. Eine entsprechende Initiative des Bundesumweltministers in der EG ist dort auf breite Unterstützung gestoßen.

Ein weiteres Anliegen der Bundesregierung im Hinblick auf die Kopenhagener Konferenz ist die Einbeziehung der sogenannten „Übergangsstoffe“ in das Montrealer Protokoll. Bei den Übergangsstoffen handelt es sich um teilhalogenierte FCKW, die kurz- oder mittelfristig als Ersatzstoffe für die bisherigen FCKW in Frage kommen. Teilhalogenierte FCKW haben in der Atmosphäre eine wesentlich geringere Lebensdauer als die klassischen, vollhalogenierten FCKW und demzufolge ein sehr niedriges, wenn auch nicht völlig zu vernachlässigendes Ozonabbaupotential.

Mit der Einbeziehung des teilhalogenierten FCKW R 22 in die FCKW-Halon-Verbots-Verordnung hat die Bundesregierung deutlich gemacht, daß sie in dieser Stoffgruppe nur eine Übergangslösung sieht. Die Bundesregierung setzt sich deshalb dafür ein, daß in Kopenhagen folgende Grundsätze im Montrealer Protokoll verankert werden:

- Ausstieg aus Produktion und Verwendung der „Übergangsstoffe“ weltweit Anfang des nächsten Jahrhunderts,
- Begrenzung des Gesamtverbrauchs an „Übergangsstoffen“,
- Beschränkung des Einsatzes von „Übergangsstoffen“ auf bestimmte Anwendungsgebiete.

Wenn es im Herbst dieses Jahres gelingt, das Montrealer Protokoll in der von der Bundesregierung für notwendig erachteten Weise zu verschärfen, bestehen gute Chancen, daß der Abbau der Ozonschicht bis zum Ende dieses Jahrhunderts gestoppt wird und sich die Ozonschicht – wenn auch langsam – wieder regeneriert.

Anm.: Dr. Bertram Wieczorek, MdB, ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium.

Hoffnung am Kap – Zur aktuellen Lage in Südafrika

Udo Hahn

„Heute schließen wir das Buch der Apartheid ... Dies ist der Geburtstag des neuen Südafrikas.“ Staatspräsident Frederik Willem de Klerk, der mit diesen Worten den Ausgang des von ihm einberufenen Referendums kommentierte, fiel hörbar ein Stein vom Herzen: 68,7 Prozent der wahlberechtigten 3,3 Millionen Weißen stimmten für seinen Reformkurs. Das Ende der Apartheid ist nun endgültig beschlossene Sache, der Prozeß der Reformen unumkehrbar.

Anfangs hatte es für de Klerk nicht sehr gut ausgesehen, denn sein Vorhaben, die Rassentrennung abzuschaffen und einen friedlichen Übergang zu einer Demokratie unter Beteiligung aller Rassen am politischen Prozeß herzustellen, stieß bei vielen Weißen auf wenig Gegenliebe. Dennoch hatte de Klerk, der Ende 1989 seinen Vorgänger Pieter Willem Botha ablöste, geschafft, mit seiner Rede am 2. Februar 1990 eine Entwicklung anzustoßen, die ihm die Bezeichnung, er sei der Gorbatschow Südafrikas, einbrachte. Der rasante Reformprozeß ging vielen Weißen zu rasch. Sie fürchteten Chaos und den Verlust ihrer Lebensrechte in Südafrika.

Der Ausgang des Referendums hat gezeigt, daß mehr als zwei Drittel der Weißen hinter de Klerks Reformpolitik stehen. Dies müßte ihm jetzt die nötige Schubkraft geben, um das Land, das international nach wie vor

noch geächtet ist und unter den Sanktionen leidet, wieder salonfähig zu machen. Das, was das Land jetzt dringend braucht, ist das Ende seiner internationalen Isolierung und den Beginn einer Kampagne für Investitionen, um die wirtschaftliche Situation des Landes zu verbessern und damit vor allem der schwarzen Bevölkerung zu besseren Lebensbedingungen zu verhelfen.

Bundeswirtschaftsminister Jürgen Müllemann hatte bei seinem jüngsten Besuch am Kap dafür plädiert, daß Deutschland, das bereits im vierten Jahr nacheinander größter Handelspartner Südafrikas ist, stärker als bisher investieren sollte, wenn das Referendum für de Klerk ausgeht. Südafrika selbst hat also seine Bringschuld geleistet. Jetzt ist nicht nur Deutschland gefordert, sondern auch die EG, an deren Adresse Müllemann auch die Forderung richtete, Sanktionen aufzuheben. Lediglich Dänemark hat sich

bisher dazu entschlossen, neue Beziehungen zu Südafrika aufzunehmen.

Für de Klerk hängt viel von der Unterstützung aus dem Ausland ab. Immerhin hatte er der weißen Bevölkerung eingeschärft, daß im Falle einer Niederlage beim Referendum, die Sanktionen auf nicht absehbare Zeit weitergehen würden. Umgekehrt hatte er für seinen Wahlsieg versprochen, daß die internationale Staatengemein-

terstrich der ÖRK. Dagegen müßten die Boykottmaßnahmen in den Bereichen Sport, Kulturaustausch, Tourismus und akademische Kontakte beendet werden, meinte der Weltkirchenrat.

Es besteht kein Zweifel, daß „Überreste der Apartheid“ natürlich noch bestehen und an den Folgen der Apartheid wohl noch Generationen in Südafrika leiden werden. Es fragt sich nur,



Ausgang des Referendums ist Zeichen der Hoffnung

schaft sich auch wirtschaftlich wieder verstärkt Südafrika zuwenden würde. Lange darf man de Klerk nicht in der Luft hängen lassen, denn sonst wird es bei den Verhandlungen auf dem Weg zu einem demokratischen Südafrika zu Stockungen kommen, an denen niemandem gelegen sein kann.

Wer glaubte, der Südafrikanische Rat der Kirchen oder der in Genf ansässige Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) würden ihre Boykottaufrufe gegenüber Südafrika zurücknehmen, sieht sich getäuscht. Einzig die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat in einer Stellungnahme reagiert. Darin heißt es, daß man „das deutliche Abstimmungsergebnis mit Erleichterung zur Kenntnis genommen“ hat. Gebet und Fürbitte seien der wichtigste Beitrag, den Christen zur Überwindung von Konflikten leisten könnten, liest man in der Erklärung der EKD. Gar für eine Beibehaltung der Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika hat sich der ÖRK ausgesprochen.

Das Exekutivkomitee hat auf seiner Frühjahrstagung in der chilenischen Hauptstadt Santiago gefordert, die Wirtschafts-, Finanz- und Handels-sanktionen solange fortzusetzen, bis „Frieden und Gerechtigkeit für alle Südafrikaner“ erreicht seien. Der Ausgang des Referendums sei zwar ein „Zeichen der Hoffnung“, aber es gebe noch „Überreste der Apartheid“, un-

wann der Zeitpunkt für ein Ende der Sanktionen gekommen sein soll. Die Haltung des ÖRK und auch des Südafrikanischen Kirchenrates kann nicht anders als destruktiv bezeichnet werden. Denn wer glaubt, man könne im Falle einer schwarzen Regierung Südafrikas die Wirtschaft über Nacht in Gang setzen, wird eine böse Überraschung erleben.

Längst hat sich im Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) bereits ein Meinungsumschwung abgezeichnet. Nelson Mandela scheint längst zu ahnen, daß er in größte Schwierigkeiten kommen wird, wenn die Schwarzen im Falle seiner Präsidentschaft an der Spitze des Landes all das einfordern, was ihnen versprochen wurde. Wahrscheinlich wird der ANC früher als die Kirchen erkennen und auch dazu auffordern, daß die Sanktionen gegen Südafrika ein Ende haben. Versöhnung am Kap wird um so leichter möglich werden, wenn das Land aus der wirtschaftlichen Talsohle herauskommt. Kommt es nicht bald zu einem Umschwung im Bewußtsein des ÖRK und des Südafrikanischen Kirchenrates, dann werden sie sich einer Mitschuld an einem schleppenden Übergangsprozeß zu einer Demokratie unter Beteiligung aller Rassen nicht entziehen können. Die christliche Botschaft von der Versöhnung klingt dann nur noch wie eine hohle Floskel.

Ann.: Udo Hahn ist Redakteur beim Rheinischen Merkur

„Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“

33. EAK-Bundestagung
25./26. September 1992
Lutherstadt Wittenberg
Kongreßzentrum Lutherstr.

Vorläufiges Programm:

Freitag, 25. September 1992

19.00 Uhr Theologisches
Abendgespräch

21.00 Uhr Empfang
Ministerpräsident
Prof. Dr. Münch



Luther-Haus, das Anfang des 16. Jahrhunderts als Augustiner-Eremiten-Kloster entstand.

Samstag, 26. September 1992

9.30 Uhr Geistliche
Morgenbesinnung
Superintendent **Albrecht Steinwachs**, Wittenberg

10.15 Uhr 40 Jahre EAK
Bundesvorsitzender des
EAK der CDU/CSU

11.00 Uhr **Arbeitskreis 1**
Verantwortung für ein
wirtschaftlich starkes und
soziales Europa

Arbeitskreis 2:
Gemeinsame Sicherheit in
Europa

14.00 Uhr Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Anmeldungen und Rückfragen richten Sie bitte – auch unter Angabe von Übernachtungswünschen – an die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28/544-302.

Jugendarbeit als Antwort auf Ausschreitungen in Hoyerswerda

Angela Merkel

Verstärkte Angebote für Jugendliche werden in einer sozialpädagogischen Untersuchung über den Sozialraum Hoyerswerda empfohlen, die Jugendministerin Angela Merkel (CDU) und Karl Heinz Neukamm, Präsident des Diakonischen Werkes, in Bonn vorgelegt haben. Das Negativbeispiel Hoyerswerda, wo es im vergangenen Herbst zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Ausländer kam, macht Merkel zufolge deutlich, daß die Auseinandersetzung mit Ausländerfeindlichkeit, Gewalt und Extremismus nicht von der Jugendpolitik allein zu bewältigen sei. An den Rand gedrängte Jugendliche könnten zurückgewonnen werden, wenn die Gesellschaft ihre Hilferufe aufnehme.

„... Die vorliegende Studie enthält eine Reihe von Erkenntnissen und Einsichten, die über den Einzelfall Hoyerswerda hinausreichen, die also verallgemeinerungsfähig sind. Auf einige dieser Einsichten und Aussagen möchte ich hier ausdrücklich aufmerksam machen.

- Alle kennen den Satz „Hoyerswerda ist überall“. Diesen Satz kann man auch anders wenden und verstehen, als er ursprünglich gemeint war: Hoyerswerda ist in mancherlei Hinsicht „DDR-typisch“. Die Stadt bietet gewissermaßen idealtypische Arbeits-, Wohn- und Lebensverhältnisse. Dank ihrer Entwicklung im wesentlichen in der Zeit des „real existierenden Sozialismus“ wurde sie für die Arbeitskräfte gebaut, die zum Abbau der Braunkohle in der Umgebung benötigt wurden. Sie war konzipiert und gebaut als eine Art Modellstadt des DDR-Sozialismus.

Um so bedrückender schlägt uns daher die Platitude, Kargheit und Einfallslosigkeit dieser sozialistischen Vergangenheit entgegen. Aber Städte wie Hoyerswerda gibt es viele in den neuen Bundesländern...

- Probleme mit randständigen Jugendlichen gibt es nicht erst seit kurzem in den neuen Bundesländern, sie gehören zu den „Altlasten“, die uns zumindest teilweise auch von Gerichten durch Personal- und Sachmittel ist mindestens genauso dringend wie die Hilfe durch sozialpädagogische Fachkräfte.“

Es ist deshalb wichtig und hat auch eine gewisse Signalwirkung, daß inzwischen die ersten Täter von Hoyerswerda verurteilt wurden. Es muß sich wieder herumsprechen, daß

man nicht alles straflos tun kann, sondern daß man für sein Tun mit Konsequenzen zu rechnen hat.

Dies bewirkt, daß sich äußere Verhaltensregeln und Orientierungsmarken gerade bei labilen Jugendlichen wieder stabilisieren können.

- Jugendliche, auch wenn sie mit rechtsextremistischen Sprüchen und Symbolen hantieren, sind nicht hoffnungslos verloren, müssen nicht abgeschrieben werden. Auch die Erfahrungen in Hoyerswerda zeigen, daß fast alle Kinder und Jugendlichen mit extremen Äußerungen und Erscheinungsweisen weder organisierte, noch in ihrem Verhalten verfestigte Rechtsextremisten sind.

Versatzstücke des Rechtsextremismus werden vielfach als Provokation verwendet – um also die Aufmerksamkeit anderer, der Öffentlichkeit, auf sich zu ziehen, weil man sich vernachlässigt, unverstanden, ausgeschlossen fühlt. In dieser Provokation steckt in vielen Fällen ein verborgener Hilferuf, der Hilferuf an die Mitmenschen, sich um die jungen Leute zu kümmern, ihnen bessere Zukunftschancen bereitzustellen und sinnvolle Betätigungsfelder zu eröffnen.

Die Gesellschaft kann diese Jugendlichen zurückgewinnen, wenn sie diesen Hilferuf hört und aufnimmt.

Man muß sich davor hüten – wie dies leider gelegentlich geschieht – einer ganzen Generation junger Menschen in den neuen Bundesländern ein Versinken in Verzweiflung und Orientierungslosigkeit anzudichten. Unvoreingenommene Beobachtungen wie auch seriöse wissenschaftliche Untersu-

chungen weisen übereinstimmend darauf hin, daß eine große Mehrheit der Jugendlichen ihr Leben – verglichen mit der Zeit vor der Wende – in positiver Richtung verändert sieht und zuversichtlich in die Zukunft blickt.

Allerdings: Auf Kinder und Jugendliche, die ohnehin labil, desorientiert oder depressiv sind, wirkt sich der gegenwärtige radikale Umbruch zusätzlich belastend und gefährdend aus. In der Kumulation von sozialen und individuellen Belastungen dürfte der entscheidende Grund für die aktuellen Erscheinungen von Aggression, Extremismus, gewalttätigen Ausschreitungen zu suchen sein.

Ausschreitungen dieser Art stehen also in einem ursächlichen Zusammenhang mit dem Problem gesellschaftlicher Desintegration. Sozialer Wandel, soziale Umbrüche sind regelmäßig mit gesellschaftlicher Desintegration verbunden: Alle Strukturen zerbrechen, Werte und Normen werden ungültig, Menschen verlieren ihre Sicherheiten und Orientierungen.

In einer solchen Perspektive wird es verständlich, daß der radikale Systemwandel in den neuen Bundesländern – auch wenn er gewollt und befürwortet ist – Begleiterscheinungen sozialer Desintegration aufweisen muß. Die Individualisierungsprozesse, die z.B. vom Achten Jugendbericht im Westen diagnostiziert wurden, verwandeln sich zu einem „Individualisierungsaufprall“ im Osten.

Die Nachwirkungen des SED-Regimes, die „Diktatschäden“, kommen hinzu – die Erfahrungen der Gewalttätigkeit des autoritären Systems, die Isolation gegenüber Ausländern, ja gegenüber jeglichem Umgang mit Fremden, mit Andersdenkenden; die Selbstdefinition Jugendlicher als „rechts“ aus Fundamentalopposition gegenüber der linken, sozialistischen, gewalttätigen Diktatur.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß man sozialen Wandel in modernen Gesellschaften nicht stillstellen kann. Je schneller es gelingt, die unvermeidliche und tiefgreifende ökonomische und soziale Umstrukturierung in den neuen Bundesländern zu vollziehen, umso schneller können neue soziale Einbindungsmöglichkeiten geschaffen, soziale Lebenszusammenhänge neu gestiftet werden, die auf einer ökonomisch tragfähigeren und menschlich würdigeren Basis als früher aufbauen.“

Kurz notiert

Welche Bedeutung hat künftig das „C“ im Namen ihrer Partei?

Reinhard Göhner: Die CDU wird oft als pragmatische, wirtschaftsorientierte Partei verstanden. Dies allein trägt nicht, wir sind davon überzeugt, daß wir das Christliche mehr brauchen als bisher. Denn es gibt für die Menschheit einige wesentliche Grundfragen des menschlichen Zusammenlebens. Eine davon ist, daß die Bewahrung der Schöpfung eben heute keine Selbstverständlichkeit ist. Es ist die Frage nach den Grenzen menschlichen Handelns um so deutlicher schärfer gestellt, als der Mensch mehr denn je kann. Die Parteien sind zwar keine Ersatzkirche, aber Wertegemeinschaften. Daraus folgt für uns das Größerschreiben des C.

Frauen an der Förde vorn

Hamburg (dpa) – Die Frauen können auf die Ergebnisse der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und in Baden-Württemberg mit einem lachenden und einem weinenden Auge blicken. Während die weiblichen Abgeordneten an der Kieker Förde mit 36 Prozent der Mandate (32 von 89 Sitzen) künftig den höchsten Anteil in einem Landesparlament stellen, wird es am Nackar mit elf Prozent (16 von 146) der geringste Anteil sein. Im Bundestag halten die Frauen 137 der 662 Sitze – dies sind 20,5 Prozent. Relativ hoch liegt die Quote in den Stadtstaaten Bremen (35 Prozent), Hamburg (33) und Berlin (29).

Kirchentag in Thüringen

Die evangelischen Gemeinden in Thüringen bereiten einen Kirchentag vor. Er soll vom **3. bis 5. Juli 1992 in Erfurt** stattfinden. Veranstalter sind die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen und die Propsteien Erfurt und Nordhausen der Kirchenprovinz Sachsen. Seit vielen Jahren hat sich diese Kirchengrenzen überschreitende

Zusammenarbeit bewährt. Auch die Kooperation mit der katholischen Kirche, die Gebäude, Ausrüstung und Quartiere zur Verfügung stellen wird, hat Tradition.

Für Thüringen ist es der erste Kirchentag nach der Öffnung der Grenzen und der politischen Wende. Damit bekommt er eine besondere Bedeutung. Das gilt in dreifacher Hinsicht. Zum einen gibt es ein zunehmendes Interesse der Öffentlichkeit an der Kirche. Viele sind jetzt gespannt darauf, wie diese sich – gerade angesichts der Diskussionen über ihre jüngste Vergangenheit – darstellen und inwieweit sie sich diesen Diskussionen stellen wird. Zum anderen hatte Kirche schon immer ein Interesse an der Öffentlichkeit.

Man darf gespannt sein, ob es ihr gelingen wird, die neuen Möglichkeiten zu nutzen, die ihr jetzt gegeben sind, um ihre Botschaft öffentlichkeitswirksam werden zu lassen, frei von allen Beschränkungen, denen gerade auch die Kirchentagsarbeit zu DDR-Zeiten ausgesetzt war. Drittens schließlich ist durch den Fall der Mauer die Teilnahme offen auch für Besucher aus den westlichen Bundesländern. Die Veranstalter haben zu einer „Aktion Brückenschlag“ aufgerufen. Die Thüringer Gemeinden wurden aufgefordert, ihre Partner in Württemberg und Hessen und ihre Nachbarn in Bayern, Sachsen und Niedersachsen einzuladen, um gemeinsam Kirchentag zu feiern.

Evangelischer Kirchentag in München 1993

Der 25. Deutsche Evangelische Kirchentag, der vom 9. – 13. Juni 1993 in München stattfinden wird, soll Zeichen gegen Fremdheit und Entfremdung im eigenen Land setzen. Er soll eine Chance bieten, daß sich Fremdgewordene wieder näherkommen.

Dieser Kirchentag, welcher unter der Losung „**Nehmet einander an**“ steht und zum ersten Mal seit mehr als 30 Jahren wieder von Christen aus Ost- und Westdeutschland gemein-

sam vorbereitet wird, soll dieses Mal in 5 Themenbereichen ablaufen. Im 4. Themenbereich sollen unter dem Leitwort „selig sind, die hungert nach Gerechtigkeit“ Fragen des Nord-Süd-Konfliktes und der wirtschaftlichen Armut behandelt werden.

Die Leitung des Kirchentages ruft Gruppen aus Kirche und Gesellschaft auf, sich aktiv an der Vorbereitung und Mitgestaltung des Protestantentreffens zu beteiligen. Bewerbungsschluß für eine Mitwirkung ist der 15. Juni dieses Jahres.

Die schriftliche Bewerbung zur Mitwirkung ist zu richten an: Geschäftsstelle des 25. Deutschen Evangelischen Kirchentages, Projektabteilung, Domagkstr. 33, 8000 München 40



Thema 1992: Leben im Europa von morgen – Chancen für die junge Generation, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen

Fragen der europäischen Zukunft sind Inhalt dieses jährlich ausgeschriebenen **Kreativ-Wettbewerbs**.

Teilnehmen können Schülerinnen und Schüler in Deutschland und im europäischen Ausland in der Altersgruppe 1 (14 – 16 Jahre) und der Altersgruppe 2 (17 – 21 Jahre).

Bewertet und prämiert werden sowohl Einzelarbeiten als auch Gemeinschaftslösungen.

1. Schriftliche Arbeiten

2. Grafische Arbeiten

3. Video

Preisverleihung

Die Preisverleihung erfolgt in Bonn im Rahmen eines Empfangs durch eine führende Persönlichkeit des Deutschen Bundestages.

Einsendeschluß

31. August 1992 (Poststempel)
Einsendungen an die
Chefredaktion Rheinischer
Merkur, Godesberger Allee 91,
5300 Bonn 2,
Tel.: 02 28/884-0.

Gemeindetag unter dem Wort:

Donnerstag, 18. Juni 1992
Stuttgart, Killesberg

Bundeskanzler **Helmut Kohl** kommt zum „Gemeindetag 92“, der am 18. Juni in Stuttgart stattfindet. Zum größten Protestantentreffen in diesem Jahr werden zwischen 30 000 und 40 000 Teilnehmer erwartet. Eingeladen wurden auch die Vorsitzenden der anderen Parteien, teilte der Vorsitzende des „Gemeindetages“, der Ulmer Prälat **Rolf Scheffbuch**, mit. Wie der Prälat weiter sagte, soll die Veranstaltung trotz der Beteiligung bekannter Politiker – neben Kohl haben auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, **Wolfgang Schäuble**, und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, **Horst Waffenschmidt**, zugesagt – ein „Fest der leisen Töne“ werden. So ist geplant, neue Formen verbindlichen christlichen Zusammenlebens zu erörtern, außerdem die Gemeinschaft von Männern und Frauen in den Gemeinden.

Informationen beim Büro „Gemeindetag unter dem Wort“, Stitzenburgstr. 7, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 07 11/23 22 32

**Europäische Evangelische
Versammlung
Christliche Verantwortung für
Europa
vom 24.-30. März 1992 in Budapest**

**An die evangelischen Christen
und Christen, Gemeinden
und Kirchen in Europa
(Auszug)**

„Wir haben in Budapest intensiv über die Frage nachgedacht, welche Konsequenzen sich für uns und unsere Kirchen in der gegenwärtigen Situation aus der gemeinsamen Erkenntnis des Evangeliums ergeben. Dabei ist uns besonders wichtig:

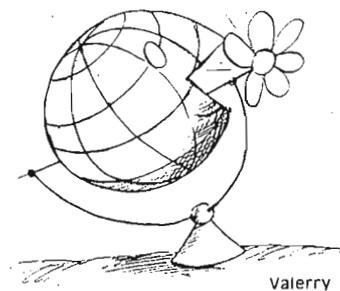
Die Versöhnung ermutigt und verpflichtet uns zur Wahrhaftigkeit und schenkt Freiheit zum öffentlichen Eingeständnis von Schuld. Zugleich sind wir herausgefordert, Zeugnis und Dienst in unseren jeweiligen Gesellschaften kritisch zu befragen. Aktuell bewegt uns die Situation in den Kirchen Mittel- und Osteuropas. Dort hat es in der Vergangenheit auf dem Weg zwischen Anpassung und Verweigerung selbstverständliches und mutiges Zeugnis bis hin zu Gefängnis und Martyrium gegeben, aber auch schuldhaftes Verstrickung in den herrschenden Machtapparat. Dabei ist die eigentliche Frage, wo und warum wir die befreiende Wahrheit schuldig geblieben sind. So ist nicht nur um der Opfer und Täter, sondern um der glaubwürdigen Bezeugung des Evangeliums willen der redliche Umgang mit der Vergangenheit notwendig. Dabei ist der Geist entscheidend, in dem das geschieht: Daß Menschen nicht leichtfertig verletzt werden, daß wir einander Zeit gewähren, daß wir um die Grenzen der Möglichkeit einer Aufarbeitung wissen und daß Vergebung möglich wird. Doch auch die Kirchen des Westens werden sich herausfordern lassen müssen, den eigenen Weg zwischen Anpassung und Verweigerung kritisch zu überprüfen.

In Europa leben wir in säkularisierten Gesellschaften. Hier haben wir mit Mut, Phantasie und Liebe die missionarische Herausforderung anzunehmen. Wir warnen vor der Illusion einer Rückkehr zu kirchlichen Machtansprüchen, die nie einen Anhang im Evangelium hatten. Vielmehr geht es darum, allen

Menschen zu bezeugen, wer Christus für sie heute ist.

Es ist ein Prüfstein unserer Christus-Verkündigung, ob das Evangelium gute Nachricht für die Armen und Hoffnung für die gefährdete Schöpfung ist. Das Elend der ökonomisch, politisch und sozial Benachteiligten und die Anzeichen unwiderprüflicher ökologischer Zerstörung zwingen uns, dem herrschenden Trend egoistischer und expansionistischer Lebensart zu widersprechen, den Ausgleich des sozialen Gefälles in Europa und in der Welt zu fordern und für den Schutz und das Recht der Natur und die Lebensrechte der heutigen und künftigen Generationen einzutreten.

Wir erinnern an die biblisch reformatorische Lehre vom Priestertum aller Gläubigen. Dabei geht es uns heute um die



Mitverantwortung aller Getauften in Gemeinde und Kirche, um die längst nicht eingelöste Gleichstellung von Mann und Frau und um die Überwindung hierarchischer Verhaltensweisen im Volk Gottes. Um solche Partizipation geht es nicht nur in der Kirche, sondern auch in unseren Gesellschaften. Deshalb fordern wir **im europäischen Einigungsprozeß eine bürgernahe Gestaltung der Arbeit der europäischen Institutionen** und warnen vor einem administrativen Zentralismus, der keiner wirksamen demokratischen Kontrolle unterliegt.

**Umwelt und globale
Verantwortung**

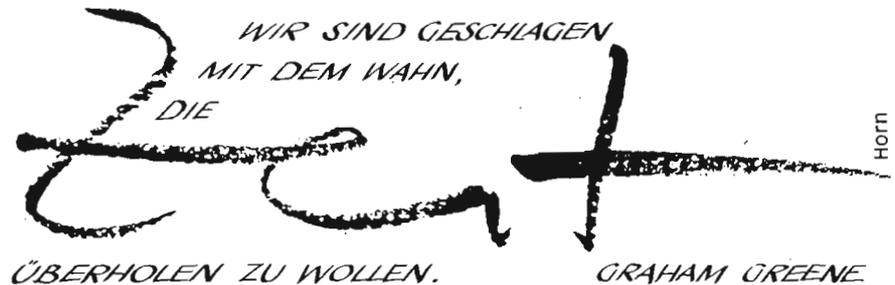
Im Vorfeld der Konferenz „Umwelt und Entwicklung“, die vom 3. bis 14. Juni in Rio de Janeiro stattfindet, stellten am 19. März der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Umweltpolitik“ der CDU, Kurt Dieter Grill, und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Entwicklungspolitik“, der Parlamentarische Staatssekretär Hans-Peter Repnik, die Resolution vor. Sie wurde von den Bundesfachausschüssen gemeinsam beschlossen.

„Die Industriestaaten haben die wesentliche Aufgabe, in der ökologischen Umstrukturierung

Kompensationsmöglichkeiten angeboten werden.

Ihr solle bis zu einem gewissen Grade freigestellt werden, wo sie am effizientesten zur CO₂-Minderung beitragen möchte. Dies würde vor allem die Einführung von umweltschonenden Techniken in den Entwicklungsländern und in Mittel- und Osteuropa forcieren.

Nicht nur in den Industriestaaten, sondern auch in den Entwicklungsländern müsse rasch und durchgreifend gehandelt werden. Die globalen Umweltprobleme wie drohender Treibhauseffekt und Raubbau an den tropischen und außertropischen Wäldern sowie die lokalen Umweltkatastrophen in den



ihrer Gesellschaften vorbildlich zu handeln. Es ist in diesem Zusammenhang nicht nur notwendig, daß die Industrieländer ihren Energie- und Ressourcenverbrauch deutlich senken, sondern daß sie internationale Umweltschutzprogramme sowie direkte Maßnahmen in Osteuropa und den Entwicklungsländern durch Know-how und Kapitaltransfer unterstützen. Dazu gehört auch eine verstärkte Einbettung ökologischer Aspekte in unsere Außenwirtschaftsbeziehungen“, erklärte Grill.

Die Bundesrepublik müsse und werde ihrer internationalen Vorreiterrolle im globalen Umweltschutz gerecht werden. Hierzu gehöre auch die Erarbeitung von neuen und kreativen Lösungskonzepten. So sollte für Rio intensiv an einem Kompensationsmodell zur CO₂-Minderung gearbeitet werden. Im Rahmen des CO₂-Minderungsprogramms der Bundesregierung und der Diskussion über eine CO₂-Abgabe/Energiesteuer auf EG-Ebene könnten unserer Industrie weltweite

Entwicklungsländern ließen sich nur anhalten oder vermeiden, wenn die Massenarmut bekämpft werde und die Regierungen Rahmenbedingungen für umweltgerechtes Verhalten schaffen würden.

„Hierfür sind die Beachtung der Menschenrechte, die Gewährleistung von Rechtssicherheit sowie die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozeß ebenso unabdingbar wie der Aufbau einer Umweltpolitik, die dem Vorsorge-, dem Verursacher- und dem Kooperationsprinzip Rechnung trägt“, betonte Repnik. Darüber hinaus sollte das Instrument des Schuldenerlasses für Umweltschutz verstärkt eingesetzt und durch den Abbau protektionistischer Handelsbarrieren gegenüber den Entwicklungsländern der Schuldenabbau erleichtert werden. „Umwelt und Entwicklungspolitik stehen in Symbiose zueinander“, so Repnik, „deshalb muß die Umwelterhaltung mit der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen verknüpft sein.“

Bücher

Politik für junge Leute: Umweltschutz – Ausbildung – Freizeit. Bundespresseamt, Bonn, 8. Auflage 1992, ISSN: 0177-1663

In dieser Broschüre steht das Wichtigste von dem, was junge Leute über Politik, Staat und Gesellschaft wissen sollten. Es ist ein Nachschlagewerk mit Informationen und Ratschlägen für Fragen, die im Alltag auftreten können. Deshalb muß man die Broschüre nicht „an einem Stück“ lesen: Man kann sie auch durchblättern, um sich einen er-
Überblick zu verschaffen, und wenn dann ein Problem auftaucht, eine Adresse oder eine Information gebraucht wird, liest man genauer nach.

Natürlich kann auf 132 Seiten nicht alles stehen, was man in einer konkreten Situation wissen möchte. Deshalb werden immer wieder Hinweise gegeben auf Ämter und Stellen, die weitere Auskunft geben. Oder auf andere Schriften und Bücher, in denen zusätzliche Informationen zu finden sind.

Klaus-Peter Jörns: Krieg auf unseren Straßen. Die Menschenopfer der automobilen Gesellschaft. Ca. 180 Seiten mit zahlreichen Schaubildern und Tabellen. [3-579-02190-7] Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1992

Mit der Vereinigung Deutschlands sind die Todeszahlen auf deutschen Straßen nochmals erneut in die Höhe geschneit. Ein generelles Tempolimit wird von der Regierung aber nach wie vor verweigert.

Bei keiner anderen Maschine würden wir es hinnehmen, wenn der Umgang mit ihr derart viele Tote und Verletzte forderte. Doch der motorisierte Straßenverkehr wird von irrationalen Faktoren bestimmt. Die Suche nach Geborgenheit und symbiotischer Erweiterung des Selbst, (auto)aggressive Dynamiken, Allmachtsphantasien, der Wunsch fliegen zu können, der Jagdtrieb, die Lust an der „wildem, feurigen Jagd“ - dies sind Bedürfnisse und Triebe, die beim Fahren befriedigt werden.

Dieser „Religion der Geschwindigkeit“ ist unsere Gesellschaft bereit, ihre jährlichen Blutopfer zu bringen.

Der Autor fordert eine Gesetzgebung, die auf dieser realitätsgerechten Einschätzung menschlichen Verhaltens im Auto fußt. Das heißt zuallererst: Vorrang für den Schutz des Lebens vor dem Verkehrsfluß und die Durchsetzung der Gleichheit der Verkehrsteilnehmer – auch der Nicht-Motorisierten.

Die im Buch entwickelten und geforderten Maßnahmen – von staatlicher und technischer Durchsetzung der Tempolimits, Änderungen der Fahrausbildung, Maßgaben für die Industrie bis hin zum privaten Handeln – versteht der Autor, ganz im Sinne des Wortes, als „Teilschritte einer notwendigen umfassenden Abrüstung“.

Beate Winkler (Hrsg.): Zukunftsangst Einwanderungsangst. C.H. BECKSCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG. München 1992. 117 Seiten ISBN 3 406 34063 6

Ängste und Spannungen, die sich bei uns an der Asylantenfrage entzündet haben, müssen vor dem Hintergrund ähnlicher Erfahrungen in der Geschichte und im Blick auf die zukünftigen internationalen Wanderungsbewegungen betrachtet werden. Nur so gewinnen wir den nötigen Abstand, um Ängste und Feindbilder abzubauen, Rassismus und Nationalismus in ihre Schranken zu weisen, Schlagwörter wie „Multikulturelle Gesellschaft“ mit vernünftigen Inhalt zu füllen sowie politisch und administrativ die richtigen Entscheidungen zu treffen. Klaus Bade zeigt am Beispiel der Flucht- und Zwangswanderungen des Zweiten Weltkriegs, wie Eingliederung möglich ist: am Beispiel der „Gastarbeiter“, wie aus Dauergästen Einwanderer und Entwicklungshelfer werden. Hartmut Reichow setzt sich mit der künftigen Entwicklung der Weltbevölkerung, der Entwicklungsländer und der Nationalitätenkonflikte sowie mit den voraussichtlichen Bevölke-

rungsbewegungen auseinander. Beate Winkler zeigt die Spannungsfelder, die sich hinter der „Zukunftsangst Einwanderung“ verbergen und zieht Konsequenzen für eine ganzheitliche Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik der Bundesrepublik in Abstimmung mit den europäischen Staaten. Eine solche Politik ist nicht möglich ohne eine Bewußtseinsänderung, durch die Migration und Leben in kultureller Vielfalt immer selbstverständlicher werden.

Jochen-Christoph Kaiser/Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.): Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1990; 196 S.

Die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR hat die Bedeutung der (evangelischen) Kirche als Kristallisationskern politischer Opposition nachdrücklich ins Bewußtsein treten lassen. Eine historisch anders begründete und politisch anders konfigurierte Rolle wiederum spielte die katholische Kirche in Polen. Die Bedeutung des Religiösen als eine gesellschaftlich und politisch wirksame Antriebskraft führen uns – angestoßen durch die Friedens- und Ökologiebewegung – die Kirchen- und Katholikentage während des gesamten Jahrzehnts seit 1980 vor Augen: Ohne unbedingt auf die ritualisierten Formen traditioneller Kirchlichkeit zurückzugreifen, formierte sich hier eine Gegenkultur...

(aus: Das Parlament, Nov. 91)

Günter Altner (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 1992. München 1992. 382 Seiten mit Abbildungen, Schaubildern und Tabellen. ISBN 3 406 340 50 4

Das erstmals erscheinende **Jahrbuch Ökologie** gibt eine Zwischenbilanz der Umweltentwicklung für das jeweilige Berichtsjahr.

- Es analysiert die jüngsten Daten und Trends in den wichtigsten Umweltbereichen
- bilanziert und kritisiert die nationalen und internationalen umweltpolitischen Maßnahmen
- läßt Experten über zentrale Umweltfragen diskutieren
- stellt positive Alltagserfahrungen, Alternativen und Zukunftsmodelle vor.

Christoph H. Werth: Konrad Adenauer – Strategie und Welt-sicht. Verlag Peter Lang, Frankfurt a. M., Paris, New York 1991, 215 Seiten

Nach der Wiedervereinigung hat Adenauers Politik erneute Aktualität gewonnen. So lautet denn auch Christoph Werths zentrale These, die Außenpolitik des Gründungskanzlers der „Bonner Republik „habe durch die deutsche Einigung „eine glanzvolle Bestätigung und ihre abschließende historische Rechtfertigung erhalten“. Wenn die Einheit auch bis 1963 nicht zu bekommen war, so legte Adenauer doch die entscheidenden Grundlagen, auf denen 1989 aufgebaut werden konnte. Adenauer habe immer an die Einheit geglaubt, und nicht ohne Grund zitiert Werth Machiavelli: „Starke Menschen bleiben ihrer Natur treu, mag das Schicksal sie auch in schlechte Lebenslagen bringen.“

Werth bilanziert das Ende der DDR, nüchtern und kritisch bewertet er das Wirken ihrer journalistischen Propagandisten wie die Vorwürfe, die von Gegnern und Kritikern Adenauers erhoben wurden. So hätten gerade die Ereignisse 1989/90 bewiesen, daß Adenauer durchaus keine „Gelegenheiten versäumt“ habe, da die Zeit einfach noch nicht reif war.

Das Buch enthält eine klarsichtige Analyse der Strukturen Adenauerscher Politik: sein Handeln aus christlicher Verantwortung, sein Verhältnis zur Macht und seine Methode der außenpolitischen Analyse, seine Strategie bei der Durchsetzung von Zielen, seine historischen Lektionen und Komplexe, vor deren Hintergrund er seine Politik konzipierte.

Von besonderem Reiz sind – auf der Basis breiten Quellenmaterials – Werths Annahmen darüber, was Adenauer heute getan hätte: Beibehaltung von Regierungssitz Bonn, Kontinuität der Westbindung, Absage an jede „Schaukelpolitik der Art Bismarck/Stresemann. – Max Weber nannte die Einigung 1871 einen „Jugendstreich, den die Nation auf ihre alten Tage beging“ - wie sich die Einigung 1990 entwickelt, bleibt abzuwarten.

(aus: Nato-Brief 6/1991)

Aus unserer Arbeit

EAK-Vorsitzender wird neuer CDU-Generalsekretär

Bonn. Peter Hintze, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und Parlamentarischer Staatssekretär, wurde neuer Generalsekretär der CDU Deutschlands.

... Der Aufstieg des einstigen evangelischen Gemeindepfarrers in Königswinter (1980-1983) verlief ohne große Brüche. Minister Heiner Geißler berief ihn 1983 auf den heiklen Posten des Bundesbeauftragten für den Zivildienst. Nach sieben Jahren als politischer Beamter unter den Ministern Geißler, Süßmuth und Lehr wechselte Hintze 1990 in die aktive Politik. Über die Landesliste zog er in den Bundestag und wurde Anfang 1991 Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Frauen und Jugend. ...

Hintzes Parteikarriere verlief nach klassischem Muster. Während des Theologiestudiums in Bonn engagierte er sich in der Jungen Union, 1968 schloß er sich der CDU an. Anfang der 70er Jahre war er stellvertretender Bundesvorsitzender des Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Daß er sich als „Kohl-Mann der ersten Stunde“ bezeichnet, liegt in dieser Zeit begründet. Mit Geißler setzte er sich auf dem CDU-Parteitag 1971 gegen Barzel und für Kohl als CDU-Chef ein. Für die Union zog er später in den Stadtrat von Bad Honnef, wo er geboren ist, und in den Rhein-Sieg-Kreistag.

In der nordrhein-westfälischen CDU stieg er 1987 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden auf und bekleidete zudem das Amt des Frauenbeauftragten der Landespartei.

Den Vorsitz des EAK der CDU/CSU übernahm er 1990, im gleichen Jahr rückte er in den Bundesvorstand der CDU auf.

(Rainer Clos in: epd)

„C“ im Namen verpflichtet: Politiker in die Kirche!

Magdeburg. CDU-Mitglieder, die sich zum protestantischen Glauben bekennen, gründeten am 24. April 1992 in Magdeburg den Evangelischen Arbeitskreis der Union für Sachsen-Anhalt. Die neue Organisation des Landesverbandes der Partei stellt es sich zur Aufgabe, evangelische Christen für die Mitarbeit in der CDU zu gewinnen. Vorsitzender **Jürgen Scharf**, MdL, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, forderte, Werte der christlichen Tradition verstärkt in die politische Kultur aufzunehmen und somit demokratisches Bewußtsein zu reaktivieren.

Seine Parteifreunde forderte Scharf auf, mehr in die Kirchen zu gehen, damit das „C“ im Namen der Partei wieder mehr Bedeutung gewinne. **Christoph Bergner**, stellvertretender CDU-Landesvorsitzender, wies darauf hin, daß die politischen Verantwortungsträger im Land zumeist Christen sind. Christliche Werte müßten sich so auch in der Landesverfassung wiederfinden.

Gute Wünsche und Ideen für die zukünftige Arbeit, überbracht u.a. vom stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden Minister **Dr. Hans Geisler**, Sachsen, begleiteten den Neuanfang.

Dem neugewählten Landesvorstand gehören weiter an: 2 Stellvertreter: Frau Bürgermeister **Schütz**, stellv. Landrat **Sehmsdorf**, als Schriftführer **Dr. von Katte**, als Beisitzer Frau **Häusler**, Herr **Mewes**, Herr **Gonschorek**, Herr **Schulze**, Herr **Schekatz**, Herr **Stollberg**, Herr **Berke**, Herr Dr. **Nelle**.

Was glauben wir? – Was glauben die anderen?

Herford. In 6 gut besuchten Veranstaltungen beschäftigte sich der EAK Herford während der letzten 1 1/2 Jahre mit den großen Weltreligionen: Chri-

stentum, Judentum, Islam, Hinduismus, Buddhismus: Die Themenreihe lautete „Was glauben wir? – Was glauben die anderen?“ In den ersten beiden Abenden stand der christliche Glaube im Mittelpunkt. Es ging darum, Grundstrukturen unseres Glaubens aufzuzeigen, im zweiten Schritt deutlich zu machen, wie stark unsere Rechtsvorstellung, unser Grundgesetz, die politischen Grundwerte vor allem in der CDU vom christlichen Glauben geprägt sind. In den nächsten Abenden wurden ebenfalls die Grundlinien der jeweiligen Religion herausgearbeitet, die Referenten zeigten aber auch die Unterschiede zum Christentum auf, auch die verschiedene Einstellung dieser Religionen zu Staat und Gesellschaft. Diese Vorträge und Gespräche sollten das Verständnis und die Toleranz gegenüber Menschen einer anderen Religion wecken, gleichzeitig aber auch den eigenen Standpunkt, der vom Christentum geprägt ist, vertiefen. Fazit der Gespräche an diesen Abenden: Toleranz kann nur wachsen, wo wir um die Unterschiede wissen. Toleranz ist nicht billige Harmonie, sondern Ertragen der Verschiedenheit und Respekt vor der Glaubensüberzeugung des anderen Menschen.

Kirchen sollen zur Versöhnung in Jugoslawien beitragen

Bonn. Zu einem besseren Verständnis der christlichen Kirchen untereinander hat der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Peter Hintze**, aufgerufen. Die Kirchen müßten insbesondere im Jugoslawienkonflikt zur Versöhnung beitragen, sagte Hintze gegenüber dem Evangelischen Pressedienst in Bonn. Sie hätten die friedfertige Revolution in Osteuropa mitgetragen und sollten jetzt ihren „mutigen Beitrag“ zwischen dem verfeindeten katholischen Kroatien und dem orthodoxen Serbien leisten.

Unterschiedliche Frömmigkeitsstile und Kirchenverfassungen seien von allen Christen in „versöhnter Verschiedenheit“ zu akzeptieren, sagte Hintze. Deshalb sei auch die Wahl einer Frau zur Bischöfin wie jetzt in Hamburg eine Chance für alle Kirchen, die Partnerschaft von Frauen und Männern voranzu-

bringen, und dürfe das ökumenische Klima nicht negativ beeinflussen. Der katholische Bischof von Speyer, Anton Schlembach, hatte vor einigen Tagen die Wahl Maria Jepsens zur Bischöfin als nicht förderlich für die Ökumene kritisiert.

Seelsorge für alle Soldaten

Wilhelmshaven. Für eine gute Militärseelsorge sprachen sich die Teilnehmer aus Friesland und Wilhelmshaven aus, die zur Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises zusammengekommen waren. Militärdekan **Ulrich Jung** aus Hannover verwies darauf, daß Deutschland die zivilste und freieste Militärseelsorge aller Armeen besitze. Wenn im wieder behauptet werde, es gäbe uniformierte Militärpfarrer in Offiziersrang, die in die Militärhierarchie eingebunden seien, so handele es sich um Unrichtigkeiten, Halbwahrheiten und Unterstellungen, die Mittel der Desinformierung seien. In der Tat seien die Militärpfarrer in der US-Armee und in Großbritannien vollständig in das Militär eingebunden.

Am Ende der Veranstaltung konnte der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, **Dr. Wolf-Dietmar Milger**, ein positives Resümee ziehen: Die Evangelische Kirche muß sich hinsichtlich der Militärseelsorge sputen und die Dinge in die Hand nehmen. Wenn es etwas Besseres als den Militärseelgevertrag gäbe, so spräche nichts dagegen. Zur Zeit liegen solche Vorschläge aber nicht auf dem Tisch, die Zeit drängt und läuft der Evangelischen Kirche davon.

Beauftragter der Konföderation ev. Kirchen in Niedersachsen tritt in den Ruhestand

Hannover. Es ist das Verdienst von **Jürgen Uhlhorn**, daß sich die CDU-Abgeordneten im Nieders. Landtag und die Evangelische Kirche in den vergangenen Jahren ein gutes Stück nähergekommen sind. EAK-Landesvorsitzender **Gustav Isernhage**, MdL, dankte dem Beauftragten der Evangelischen Kirchen in Niedersachsen für seine ständige Präsenz, sein geduldiges Zuhören und sein vorsichtiges Raten.

Dr. Warnke vermißt bei Kirchen konsquenten Antikommunismus

Bayreuth. „Der Kommunismus konnte der freien Welt nichts Schlimmeres antun als seinen Zusammenbruch – denn das kostet Milliarden!“ Dieser Stoßseufzer von Stadtrat **Dr. Herbert Friedlein** ließ erkennen, vor welche Probleme die Vergangenheitsbewältigung die Politiker stellt. Der Evangelische Arbeitskreis der CSU Oberfranken war im Kapitelsaal des Dekanats zusammengetreten, um bei einer Diskussionsrunde die letzten 40 Jahre deutscher Geschichte geistig aufzuarbeiten.

Vorsitzender **Franz-Dieter** aus Marktredwitz und sein Bayreuther Stellvertreter Pfarrer **Norbert Kotowski** hatten die Veranstaltung unter das Motto „Mut zur Wahrhaftigkeit“ gestellt, und Kotowski warnte in seiner Andacht am Beispiel des Pilatus sogar davor, die Wahrheitsfrage mit der Machtfrage zu verbinden.

In seinem Referat versprach der Selber Bundestagsabgeordnete **Dr. Jürgen Warnke** die Aufarbeitung des staatlichen Unrechts in der ehemaligen DDR, „ohne die wir mit der Gesellschaft und mit uns selbst nicht ins reine kommen“. Er kritisierte die Kirchen, die „gegenüber der kämpferischen Gottlosigkeit der Kommunisten zu lange geschwiegen haben“. „wahre Charakter des kommunistischen Systems, so Warnke, sei doch offenkundig gewesen – und da müsse man schon die Frage aufwerfen, ob der auf Kompromisse bedachte Weltkirchenrat nicht zur Stabilisierung dieses Unrechtssystems beigetragen habe.“

In der DDR, so führte der Redner weiter aus, seien für die Kirche Kontakte zum Staat notwendig gewesen. „Die Kontakte zur Staatssicherheit“, so fügte er hinzu, „waren aber keineswegs das Normale, und wer sich hier des Vertrauensbruchs schuldig gemacht hat, muß nach meiner Ansicht die Konsequenzen tragen.“ Auch von vielen evangelischen Christen in der DDR würden die Kontakte der Geistlichen zur Staatssicherheit als Verrat empfunden. Man müsse sich einfach darüber klar werden, daß niemand ohne sein



von links: Pfarrer Kotowski, F. D. Bley, Dr. Jürgen Warnke, Willi Müller

Zutun informeller Mitarbeiter wurde – in dieser Hinsicht seien die Stasi-Akten durchaus ernst zu nehmen.

Trotz aller Bedrängnis sei aber der christliche Glaube in der DDR 40 Jahre lang lebendig geblieben, und es sei die große Leistung gerade der evangelischen Kirche, daß sie zum Katalysator für die Kräfte des Widerstandes wurde. Hier sei Gottes Wirken in der Geschichte offenbar geworden. Natürlich versäumte der Abgeordnete nicht, zu erwähnen, daß auch die CSU in den vergangenen 40 Jahren von ihrem politischen Ziel, der deutschen Einheit, nie abgewichen sei.

In der Diskussion ging es dann vor allem um die Frage, wie man in den neuen Bundesländern nun weiterhelfen kann. Warnke wies auf die Verantwortung der Unternehmer hin, die nach seiner Meinung mehr Mut zum Risiko haben müßten. Eindringlich appellierte er aber an alle Bürger der alten Bundesländer, immer wieder in die ehemalige DDR zu reisen und dort nach Möglichkeit auch persönliche Kontakte zu knüpfen. Nur so könne man den Menschen dort helfen, ihr Selbstbewußtsein zurückzugewinnen.

Trost für Sterbende oft nur nach der Stoppuhr

Lörrach. Das Thema ist brandaktuell. Humanes Sterben – aktive oder passive oder keine Sterbehilfe. Die Podiumsdiskussion unter der Leitung des CDU-Kreisvorsitzenden und Juristen **Josef Seidler** zu diesem Thema hatte weit mehr Besucher angelockt, als der Konferenzsaal zu fassen vermochte. Doch kaum jemand ging. Man begnügte sich auch mit unbe-

quemen Stehplätzen. Eingeladen hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU Lörrach. Während die Podiums-Redner (siehe unten) sich fast einheitlich gegen Sterbehilfe und für mehr Zuwendung für den Sterbenden aussprachen, kam von der Basis, von manchem Ange-

Hüttlin. Dekan i. R. **Gerhard Leser** räumte Versäumnisse ein, nahm allerdings auch die Angehörigen Sterbender in die Pflicht: „Wo sind sie, wenn es zu Ende geht?“ Sterbebegleitung sei vielfach eine Frage nur von ausreichender Präsenz in der Vermittlung des Gefühls, nicht alleingelassen zu sein.

Sachsen-Anhalt führt Unterrichtsfächer Ethik und Religion ein

Magdeburg. Das Land Sachsen-Anhalt wird vom kommenden Schuljahr an mit je 100 Lehrkräften die Unterrichtsfächer Ethik und Religion einführen. Dies kündigte Kultusminister **Werner Sobetzko** auf einer Podiumsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises zum Thema: Perspektiven

Scientology:
Macht, Kommerz und Psychoterror im Namen der Religion

Fachtagung der Jungen Union Deutschlands
13./14. Juni 1992
Berghotel Sennhütte, Wulmsberg 12, 2104 Hamburg 92 (Hausbruch)

u. a. Round-Table-Gespräche mit Experten, Fachleuten, Politikern

Referenten sind u. a.:

Bundesministerin Dr. Angela Merkel, MdB
Susanne Rahardt-Vahldieck, MdB
Pfarrer **Thomas Gandow**, Sektenbeauftragter der
Evangelisch-Lutherischen Kirche Berlins
Norbert Potthoff, ehemaliger PR-Beauftragter der
Scientology, Düsseldorf
Dr. Ralf Bernd Abel, Rechtsanwalt und Notar

Programme können angefordert werden:
Junge Union, Annaberger Str. 283, 5300 Bonn 2, Tel.: 02 28/31 00 11

hörigen des Pflegedienstes, der Vorwurf: „Angesichts dramatischer Personalverknappung leisten wir Dienst nach der Stoppuhr. Da bleibt für seelische Zuwendung keine Zeit.“, so Stadtrat und Pflegedienstleiter im Elisabethenkrankenhaus **Hans-Peter Hüttlin**.

Aber auch die Kirchen gerieten ins Schußfeld: Sie würden es sich bei der seelsorglichen Betreuung Sterbender zu einfach machen, oft zu spät oder gar nicht im Krankenhaus erscheinen. „Bei uns rennt sich eine 80jährige Ordensschwester die Hacken ab, um Sterbenden beizustehen“, betonte noch einmal

christlicher Erziehung in Magdeburg an. Die Rahmenrichtlinien für die Fächer würden derzeit noch erarbeitet, sagte Sobetzko. Sachsen-Anhalt sei damit das erste neue Bundesland, das auch für eine „Ausbildung von Ethiklehrern“ eintrete. Bislang werde in Sachsen-Anhalt vereinzelt von Pfarrern und Katecheten Religionsunterricht in Schulen erteilt. Sobetzko trat dafür ein, daß Religion aufgrund der geringen Zahl der Kirchenmitglieder (acht Prozent Katholiken, 25 Prozent Evangelische) „klassen- und sogar schulübergreifend“ unterrichtet wird. Die Lehrer sollten „Wegbegleiter im Glauben“ sein. (aus epd)

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze, Dr. Werner Dollinger, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Aus dem Inhalt:

Wir leben alle in der Einen Welt	1
Bewahrung der Schöpfung als Schwerpunkt der Nord-Süd-Zusammen- arbeit	3
Verantwortung für die Umwelt	4
Umweltethik – Verhältnis zur Umwelt ändern	5
Umwelt und Entwicklung	6
Hoffnung am Kap – Zur aktuellen Lage in Südafrika	8
Jugendarbeit als Antwort auf Ausschreitungen in Hoyerswerda	10
Kurz notiert	11
Büchermarkt	13
Aus unserer Arbeit	14

Unsere Autoren:

Carl-Dieter Spranger
Bundesminister für wirt-
schaftliche Zusammenarbeit
Karl-Marx-Str. 4-6
5300 Bonn 1

Hans-Peter Repnik, MdB
Parl. Staatssekretär BMZ
Karl-Marx-Str. 4-6
5300 Bonn 1

Prof. Dr. Klaus Töpfer
Bundesminister BMU
Kennedyallee 5
5300 Bonn 2

Dr. Bertram Wiczorek, MdB
Parl. Staatssekretär BMU
Kennedyallee 5
5300 Bonn 2

Udo Hahn
Godesberger Allee 91
5300 Bonn 2

100% Altpapier
chlorfrei hergestellt

„Die Wahrheit macht frei“

„... Erinnern wir uns. Die ersten beiden Jahrzehnte der DDR-Geschichte waren für die Kirche außerordentlich hart. Benachteiligung der Christen auf fast allen Gebieten, Verbot von Veranstaltungen, öffentliche Angriffe, Verhaftungen und Verurteilungen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen. Aber damit schienen auch die Fronten klar zu sein. Doch geblieben ist es dabei nicht. Die evangelische Kirche, nach den Erfahrungen im Dritten Reich auf gesellschaftliche Mitverantwortung bedacht, bemühte sich irgendwann um eine neue Standortbestimmung. Nicht gleich, sondern in einem langen, mühsamen Prozeß und keineswegs von allen getragen. Aber während der 70er Jahre waren doch die Veränderungen spürbar. Die vieldeutige Formel von der „Kirche im Sozialismus“ wurde diskutiert, es wurde vom „verbesserlichen Sozialismus“ gesprochen, man versuchte, wenn es auch am Widerstand in der Kirche scheiterte, den Begriff des „Grundvertrauens“ zum Staat einzuführen.

Nein, das alles war nicht nur Opportunismus, aber es war auch nicht nur der redliche Versuch, der Kirche ihren Lebensraum in der Gesellschaft zu bewahren. Die Idee des Sozialismus selber war es, die faszinierte, der Gedanke, hier die Instrumente für die Gestaltung einer gerechteren und friedlicheren Gesellschaft zu finden. Die Grundidee schien gut, das ließ zwar über die Mängel in der Realität nicht hinwegsehen, man meinte aber, sie um des Zieles willen leichter ertragen zu können.

Das alles jedoch – und hier kommen wir im Westen ins Spiel – mit dem in vielfältigen Kontakten mit Christen in der Bundesrepublik und im Weltkirchenrat gewonnenen Eindruck, der progressivere und damit einsichtiger Teil der evangelischen Christenheit stimme mit dieser Linie überein. Erinnern wir uns auch hier: Für beachtliche Kreise in der Kirche war der Westen mit seinem „Imperialismus“, mit seinem „Kapitalismus“ und mit seiner „Ellbogengesellschaft“, schließlich auch mit seiner NATO und seiner Abschreckungsdoktrin letzten Endes der schlimmere Feind des Menschen. Die Dokumente dazu stehen in unseren Bücherregalen, und unter den Autoren finden sich beachtliche Namen. Wer dem Menschen helfen wollte, mußte wenigstens auf einen „dritten Weg“ zwischen dem real existierenden Sozialismus und dem Kapitalismus setzen – aber letzten Endes kam man ohne wesentliche Elemente des Sozialismus bei seinen Zukunftsentwürfen nicht aus, und die Frage schloß sich an, ob nicht schließlich doch dem sozialistischen Osten die Zukunft gehörte.

Was ist unsere Schuld? Wir haben nicht genau genug hingesehen und gehört. Wir haben nicht genau genug gelesen. Und weil wir den Frieden in der Welt bewahren wollten und den Entspannungsprozeß, aber auch, weil wir die Verbindungen zwischen den Kirchen in Ost und West nicht gefährden wollten, haben wir zu oft und zu lange geschwiegen. Gewiß, in der Stille haben wir versucht, zu retten und zu helfen. Aber wenn wir Unrecht hätten beim Namen nennen sollen, dann haben wir nur zu oft uns verschluckt.

Es mangelte wohl an christlicher Nüchternheit. ... Die andere Frage schließt sich an, ob dieses alles geschehen konnte, weil unser Glaube erlahmt war. Wenn der Glaube unsere Herzen wirklich bewegt, daß allein Christus es ist, der unser Heil bewirkt hat, dann verlieren alle Heilslehren dieser Welt ihre Faszination. Dann sind sie für uns auch nicht mehr bündnisfähig. Dann lassen sich die Schäden nicht verschweigen, die sie anrichten. Wer auf Gottes Reich wartet, läßt sich nicht auf die ein, die irdische Paradiese versprechen. Was sollen wir heute tun, da uns der Wind der Kritik ins Gesicht bläst? Ich weiß nur eins: offen reden. Wenn wir sagen – ohne uns zu rühmen –, wie oft unsere Kirche Zuflucht geboten hat und Hilfe, dann lügen wir nicht. Jedenfalls dann nicht, wenn wir auch sagen, wo es gefehlt hat, wo wir zu ängstlich waren und wo wir Träumen gefolgt sind. Auch hier gilt, daß die Wahrheit frei macht.“

(**Bischof Heinz-Georg Binder**, Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, in idea)